

Das nachstehende Schwerpunktthema zum „Brexit und die Folgen für inländische Anleger“ ist eine Ergänzung zum Buch „Geldanlage und Steuer 2017“.

### **Schwerpunktthema: Der Brexit und die Folgen für inländische Anleger**

Die Mehrheit der britischen Bevölkerung hat sich am 23.06.2016 in einer Volksabstimmung für einen Austritt ihres Landes aus der Europäischen Union entschieden. Obwohl bis zum rechtsgültigen Austritt noch einige Zeit vergehen wird, sollten sich inländische Anleger mit möglichen Fragen befassen.

#### **1. Ab wann ist mit austrittsbedingten Änderungen zu rechnen?**

Zunächst wird Großbritannien eine Austrittserklärung abgeben. Danach werden Vertragsverhandlungen aufgenommen, die mit dem Vollzug des Austritts enden. Von da an sind der EU-Vertrag sowie EU-Verordnungen und EU-Richtlinien in Großbritannien nicht mehr anwendbar.

#### **2. Mitgliedschaft im Europäischen Wirtschaftsraum**

Trotz EU-Austritt könnte Großbritannien Mitglied im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) bleiben. Ein solcher Verbleib wäre für das deutsche Steuerrecht entscheidend, da in fast allen Steuervorschriften, die auf eine Mitgliedschaft in der EU abstellen, auch die Mitgliedschaft im EWR voraussetzt, um deren räumlichen Anwendungsbereich zu eröffnen.

#### **3. Steuerliche Auswirkungen auf die Zins- und Lizenzrichtlinie**

Bis zum Austritt gilt die Zins- und Lizenzrichtlinie. Danach werden auf innerhalb der EU gezahlte Zinsen und Lizenzgebühren keine Quellensteuern einbehalten, wenn diese zwischen verbundenen Unternehmen verschiedener EU-Mitgliedstaaten gezahlt werden. Nach dem Austritt aus der EU kommt voraussichtlich nur eine Reduktion des Quellensteuersatzes nach dem Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) in Betracht.

#### **4. Dividendenzahlungen**

Dividendenzahlungen deutscher Tochtergesellschaften an ihre britische Muttergesellschaft sowie einer britischen Tochtergesellschaft an die deutsche Muttergesellschaft sind nach heutigem Recht nach der Mutter-Tochter-Richtlinie quellensteuerfrei, wenn die Beteiligungsquote 10 Prozent und mehr beträgt. Nach dem Austritt aus der EU gilt nur die im DBA geregelte Reduzierung der Quellensteuer auf 5 Prozent.

Ausschüttungen einer britischen Kapitalgesellschaft an einen deutschen Anteilseigner sind steuerfrei. Voraussetzung ist der Nachweis, dass diese aus dem steuerlichen Einlagekonto stammen. Diese Nachweismöglichkeit gibt es nach dem Austritt Großbritanniens aus der EU nicht mehr.

#### **5. Wegzugsbesteuerung**

Zieht eine natürliche Person aus Deutschland ins Ausland, sind Wertsteigerungen von Kapitalgesellschaftsanteilen im Privatvermögen sofort zu versteuern, sofern es sich um eine wesentliche Beteiligung nach § 17 EStG (Veräußerung von Anteilen an Kapitalgesellschaften) handelt.

Bei Wegzug in einen Mitgliedstaat der EU oder des EWR wird eine Wegzugsteuer bis zur Realisation der Wertsteigerungen unverzinslich gestundet. Nach dem EU-Austritt Großbritanniens ist die Wegzugsteuer sofort fällig. Gleiches gilt auch, falls Großbritannien dann nicht dem EWR-Raum angehört.

Sollte eine natürliche Person bereits vor Austritt Großbritanniens aus der EU von Deutschland nach Großbritannien verzogen sein und wurde hinsichtlich der vorstehend beschriebenen Wertsteigerungen die Wegzugsteuer gestundet, entfällt die Stundung, sofern nach Austritt aus der EU auch keine Mitgliedschaft im EWR bestehen bleibt.

## **6. Erbschaftsteuer**

Auch nach Inkrafttreten des neuen deutschen Erbschaftsteuerrechts kann der Austritt Großbritanniens aus der EU negative Folgen bei der steuerbegünstigten Übertragung von Betriebsvermögen nach sich ziehen. So kann es beispielsweise vorkommen, dass die für die Steuerverschonung zu erreichende Lohnsumme nicht mehr erzielt wird.

## **7. Fiktive unbeschränkte Steuerpflicht von EU- und EWR-Familienangehörigen**

Derzeit besteht eine Reihe von einkommensteuerlichen Sondertatbeständen und Vergünstigungen nach §1a EStG (Einkommensteuerpflicht), soweit Sachverhalte innerhalb der EU, zum Teil des EWR, betroffen sind.

Die berufliche Mobilität und die Möglichkeit der grenzüberschreitenden Zusammenveranlagung von Ehegatten und Lebenspartnern sowie der Antragsveranlagung nach § 46 Abs. 2 Nr. 8 EStG sind möglich. Auch können Unterhaltszahlungen, Spendenabzüge, Schulgebühren oder Rechnungen für haushaltsnahe Dienstleistungen und Handwerkerleistungen nach § 35a EStG grenzüberschreitend geltend gemacht werden.

Nach vollzogenem EU-Austritt und bei fehlender Zugehörigkeit zum EWR-Wirtschaftsraum entfallen diese Möglichkeiten.

## **8. Weitere Folgen**

Aus derzeitiger Sicht wird 2017 die britische Regierung mit Ausstiegsverhandlungen beginnen. Danach werden mehrjährige Verhandlungen, möglicherweise bis 2019 über die künftigen Beziehungen zur EU folgen. Das bedeutet eine längere Phase der Unsicherheit für Investoren und Konsumenten. Dies wird zu Verwerfungen an den Devisenmärkten führen. Offen ist derzeit (September 2016) ob Großbritannien den Zugang zum Binnenmarkt behält und wie sich die Stellung des führenden Finanzzentrums London innerhalb Europa entwickeln wird. Ebenso offen ist, ob weitere EU-Staaten die Union verlassen wollen. Auch ist die Möglichkeit gegeben, dass Schottland das Vereinigte Königreich verlässt und Mitgliedsstaat der EU bleibt.

Änderungen sind außerdem zu erwarten im Börsen- und Kapitalmarktrecht, Handelsrecht und Zollrecht, im Datenschutzrecht und im Umweltrecht.

Fazit: Der Brexit könnte einen Wendepunkt für Europa bedeuten.

Geldanlage und Steuer 2017

So machen Sie das Beste aus Brexit und Minuszinsen

Lindmayer, P.K.M.; Dietz, H.-U.

2017, XXIV, 599 S., Hardcover

ISBN: 978-3-658-13182-1